

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ? 11019 Berlin

Verteiler:

Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Potsdam

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen

Freie und Hansestadt Hamburg

Hessisches Sozialministerium, Wiesbaden

Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Schwerin

Ministerium für Soziales, Frauen und Gesundheit, Hannover

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Mainz

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Saarlandes, Saarbrücken

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Dresden

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, Erfurt

Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

**Durchführung der Förderung der Teilhabe erwerbsfähiger, behinderter Hilfebedürftiger
am Arbeitsleben durch Arbeitsgemeinschaften und zugelassene kommunale Träger**

**Gesprächsrunde am 25. Oktober und 18. November 2004 im Bundesministerium für
Wirtschaft und Arbeit**

Aufgaben der zugelassenen kommunalen Trägern und der Arbeitsgemeinschaften zur Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

I. Grundsätze

Die Förderung der beruflichen Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen ist ein wichtiges behinderten- und arbeitsmarktpolitisches Anliegen. Das hierfür der Bundesagentur für Arbeit bzw. den zugelassenen kommunalen Trägern als Träger der Grundsicherung nach dem SGB II zur Verfügung stehende breite Spektrum an Förderleistungen ist im Zweiten, Dritten und – übergreifend für alle Rehabilitationsträger – im Neunten Buch Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (SGB IX) geregelt.

Es ist Ziel des SGB II, dass erwerbsfähige hilfebedürftige Menschen sich möglichst bald ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise selbst verdienen können. Dies soll vor allem durch bessere und schnellere Betreuung und Vermittlung erreicht werden.

Die unterstützenden Leistungen des Sozialgesetzbuches II zur Eingliederung in Arbeit sind in § 16 SGB II geregelt. Hierzu gehören gem. § 16 Abs. 1 SGB II ausdrücklich auch Eingliederungsleistungen für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige, die von der Bundesagentur für Arbeit als Träger der Grundsicherung und Rehabilitationsträger bzw. von den zugelassenen kommunalen Trägern nach den gesetzlichen Regelungen des SGB II, SGB III und SGB IX zu erbringen sind.

Die in Bezug genommenen SGB-III-Regelungen unterscheiden zwischen sog. allgemeinen (arbeitsmarktpolitischen) und besonderen (behindertenspezifischen) Leistungen zur Förderung der beruflichen Teilhabe. Es handelt sich um Ermessens- und Pflichtleistungen. Mit dem Kommunalen Optionsgesetz wurde klargestellt, dass in diesem Rahmen auch für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige nach dem SGB II ein Rechtsanspruch auf besondere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben besteht, wenn dies auch im SGB III vorgesehen ist.

Neben den Leistungen nach SGB II erbringt die Bundesagentur für Arbeit für den nach SGB III anspruchsberechtigten Personenkreis der behinderten und schwerbehinderten Menschen weiterhin bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen Leistungen der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach SGB III.

Zusammengefasst gilt folgendes:

- Die Leistungen für die berufliche Wiedereingliederung von erwerbsfähigen, behinderten Hilfebedürftigen (z.B. Weiterbildung, u.a. in besonderen Einrichtungen wie Berufsförderungswerken) werden von den Arbeitsgemeinschaften (wenn sie noch nicht gebildet werden konnten von der Agentur für Arbeit) und den zugelassenen Kommunalen Trägern aus den Mitteln für Eingliederungsleistungen nach dem SGB II erbracht.
- Zugelassene kommunale Träger sind – im Unterschied zu den Arbeitsgemeinschaften – Rehabilitationsträger. Dementsprechend erbringen sie auch die Leistungen für die Ersteingliederung (berufliche Ausbildung) von erwerbsfähigen, behinderten Hilfebedürftigen. Sie erhalten ein dementsprechend etwas größeres Eingliederungsbudget. Bei den Arbeitsgemeinschaften werden die Leistungen für die berufliche Ersteingliederung (berufliche Ausbildung) für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen durch die Agenturen für Arbeit erbracht und aus dem SGB III-Budget finanziert.

Zusammen mit den übrigen nach § 16 SGB II zu erbringenden Leistungen der beruflichen Rehabilitation, den nach SGB III zu gewährenden Leistungen zur Förderung der Teilhabe sowie den reha-spezifischen Leistungen nach SGB IX (siehe hierzu auch die Ausführungen im Annex) ist damit sichergestellt, dass erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige im Einzelfall alle zur beruflichen Teilhabe erforderlichen Leistungen erhalten können. Die übergreifend für alle Rehabilitationsträger geltenden Verfahrens- und Fristenregelungen in § 14 SGB IX streben eine schnelle Zuständigkeitsklärung und Leistungserbringung an.

II. Durchführung der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben durch zugelassene kommunale Träger und durch Arbeitsgemeinschaften

1. Aufgabenwahrnehmung der zugelassenen kommunalen Träger zur Förderung der Teilhabe behinderter Menschen nach SGB II

Nach § 6b Abs. 1 SGB II sind die zugelassenen kommunalen Träger an Stelle der Bundesagentur Träger der Aufgaben nach dem SGB II. § 6b Abs. 1 Satz 2 SGB II regelt ausdrücklich, dass die zugelassenen kommunalen Träger originärer Leistungsträger sind und insoweit die Rechte und Pflichten der Agentur für Arbeit haben. Nach § 16 Abs. 1 Satz 2 SGB II gehören dazu auch Eingliederungsleistungen für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige. Die zugelassenen kommunalen Träger werden deshalb zu Rehabilitationsträgern nach Teil 1 des SGB IX (§ 6b SGB II i.V.m. §§ 29 Abs. 2, 19a Abs. 2 SGB I).

Mit den Rechten und Pflichten der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der Teilhabeleistungen des SGB II sind die zugelassenen kommunalen Träger nicht nur zur Erbringung für die in § 16 Abs. 1 SGB II genannten Leistungen verpflichtet, sondern haben auch die Rechte und Pflichten der Bundesagentur als Rehabilitationsträger des SGB IX. Die Erbringung von Eingliederungsleistungen für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige als Leistungen der Teilhabe ist nämlich immer auch an die Vorschriften der Prozess-, Verfahrens- und Leistungsverantwortung, die Regelungen für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, die Vorschriften zu den unterhaltssichernden und anderen ergänzenden Leistungen und die Regelungen zur Sicherung und Koordinierung der Teilhabe des SGB IX gebunden. Alle Rechte und Pflichten des 1. Teils SGB IX gelten damit gleichermaßen für die zugelassenen kommunalen Träger wie dies auch bei allen anderen Rehabilitationsträgern der Fall ist.

Mit dem für die Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben federführenden Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung besteht Übereinstimmung, dass zugelassene kommunale Träger nach dem Rechtsprinzip des SGB IX – „Konzentration der Teilhabeleistungen in einer Hand“ – alle im Einzelfall notwendigen und nach SGB IX in Betracht kommenden Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 33 ff) einschließlich aller ergänzenden Leistungen (§§ 44 ff) anstelle der Bundesagentur für Arbeit erbringen müssen (§ 4 SGB IX). Damit ist sichergestellt, dass behinderte junge und erwachsene Menschen alle zu ihrer beruflichen Teilhabe erforderlichen Leistungen erhalten.

Der zugelassene kommunale Träger ist somit in der örtlichen Zuständigkeit für die nach § 7 SGB II definierten Berechtigten und in Bezug auf die durch die Bundesagentur für Arbeit nach

SGB IX in Verbindung mit SGB II und SGB III zu erbringenden Leistungen verantwortlicher Rehabilitationsträger für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige. Die zugelassenen kommunalen Träger sind deshalb auch zuständige Rehabilitationsträger für die Teilhabeleistungen der beruflichen Ausbildung junger, behinderter Hilfebedürftiger.

Hierfür werden ihnen aus dem nunmehr auf 6,55 Mrd. € angehobenen Haushaltstitel für Eingliederungsleistungen für 2005 ein Betrag von 35 Mio. € und für die Jahre 2006 und 2007 korrespondierende Verpflichtungsermächtigungen gesondert zugewiesen. Darüber hinaus wird geprüft, ob den zugelassenen Kommunen zusätzliche Mittel aus der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe für die Leistungen für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung gestellt werden können.

2. Aufgabenwahrnehmung durch Arbeitsgemeinschaften

Nach § 44 b Abs. 3 SGB II nimmt die Arbeitsgemeinschaft die Aufgaben der Bundesagentur als Leistungsträger der Grundsicherung wahr. Die Arbeitsgemeinschaften sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Verwaltungsakte und Widerspruchsbescheide zu erlassen. Sie sind aber nicht Leistungsträger und damit auch nicht Rehabilitationsträger im Sinne des SGB IX. Die Bundesagentur für Arbeit ist deshalb weiterhin Rehabilitationsträger gem. § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX und bleibt nach SGB IX für das Handeln im Teilhabebereich verantwortlich.

In Abgrenzung zu den Leistungsausschlüssen des § 22 Abs. 4 SGB III erbringt die Bundesagentur die Leistungen zur Teilhabe behinderter, erwerbsfähiger Hilfebedürftiger (Wiedereingliederung) aus Steuermitteln sowie die Leistungen zur Teilhabe erwerbsfähiger, behinderter Hilfebedürftiger im Bereich der Ausbildung und Berufsvorbereitung (Ersteingliederung) aus Beitragsmitteln.

Im Hinblick auf den grundsätzlichen Ausschluss der nach BAföG bzw. SGB III dem Grunde nach förderberechtigten Auszubildenden (§§ 60ff SGB III) in § 7 Abs. 5 SGB II sind sowohl die allgemeine Ausbildungsförderung nach § 59ff SGB III wie auch die Förderung der Berufsausbildung als Leistung der Teilhabe (§ 100 Nr. 5 SGB III) im Leistungsspektrum des § 16 Abs. 1 SGB II nicht enthalten. Soweit die übrigen Voraussetzungen vorliegen, besteht deshalb ein Anspruch erwerbsfähiger, junger behinderter Hilfebedürftiger auf die Leistungen gemäß § 100 Nr. 5 SGB III zur Berufsförderung als Leistung zur Teilhabe aus Beitragsmitteln der Bundesagentur für Arbeit.

Dies gilt auch für die besonderen Leistungen zur Ausbildungsförderung behinderter Menschen, insbesondere in Berufsbildungswerken. Die Regelung des § 99 SGB III in Verbindung mit § 102 Abs. 1 Satz 1 SGB III verdeutlicht, dass die besonderen Leistungen zur Förderung der

Berufsausbildung nur **anstelle** der allgemeinen Leistungen erbracht werden können. Da das SGB II keine allgemeinen Leistungen der Berufsförderung für erwerbsfähige, behinderte Hilfebedürftige vorsieht, können folgerichtig in § 16 Abs. 1 Satz 2 SGB II auch keine besonderen Leistungen anstelle der allgemeinen Leistungen zur Förderung der Berufsausbildung geregelt sein.

Ausgehend von diesem Grundsatz sind die in § 16 Abs. 1 Satz 2 SGB II angeführten (und spiegelgleich in § 22 Abs. 4 SGB III ausgeschlossenen) besonderen Leistungen der Teilhabe in der Regel auf die Leistungen der Wiedereingliederung – in der Regel erwachsene behinderte Menschen - (z.B. durch berufliche Weiterbildung) beschränkt. Diese Leistungen erbringt die Bundesagentur aus Bundesmitteln. Übergangsgeld wird nicht gezahlt, da Unterhaltsleistungen einschließlich eines Aufstockungsbetrages von 35% der maßgeblichen Regelleistung (§ 21 Abs. 4 SGB II) erbracht werden.

III. Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und Verfahrensregeln

1. Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit

Den zugelassenen kommunalen Trägern steht es frei, ggf. auch den Sachverstand der Reha-Teams der Agenturen für Arbeit zu nutzen. Die Bundesagentur ist bereit, gegen entsprechende Kostenerstattung der zugelassenen kommunalen Träger auch die berufliche Ersteingliederung (berufliche Ausbildung) behinderter Hilfebedürftiger für sie (vollständig) durchzuführen.

2. Verfahrensregelungen

Die für das Teilhabeverfahren zentrale Regelung des § 14 SGB IX strebt eine möglichst schnelle Zuständigkeitsklärung und Leistungserbringung an. § 14 Abs. 1 SGB IX verpflichtet den zuerst angesprochenen Rehabilitationsträger innerhalb von zwei Wochen nach Antragseingang nach dem für ihn geltenden Leistungsgesetz über seine Zuständigkeit zu entscheiden und bei Nichtzuständigkeit den Antrag an den nach seiner Auffassung zuständigen Rehabilitationsträger weiterzuleiten. Dieser (zweitangegangene) Träger ist nach § 14 Abs. 2 SGB IX leistungspflichtig, d.h. er darf den Antrag weder weiterleiten noch zurückgeben. Allerdings besteht ein Erstattungsanspruch gegen den zuständigen Rehabilitationsträger, wenn nach Bewilligung der Leistung festgestellt wird, dass ein anderer Rehabilitationsträger für die Leistung zuständig ist (§ 14 Abs. 4 SGB IX).

Annex

Erläuterung zum System der beruflichen Rehabilitation nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch und zu den Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch

Die Leistungen zur beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen sind übergreifend für alle Rehabilitationsträger im Neunten Buch Sozialgesetzbuch geregelt. Deshalb wird nachfolgend das System der beruflichen Rehabilitation nach SGB IX sowie die Förderung der Bundesagentur für Arbeit zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach dem SGB III erläutert.

1. System der beruflichen Rehabilitation nach dem SGB IX

Innerhalb des Leistungssystems zur Förderung der gleichberechtigten Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen kommt den Leistungen zur Förderung der beruflichen Teilhabe auch im Hinblick auf die weiterhin schwierige Arbeitsmarktsituation besondere Bedeutung zu.

Die Bundesagentur für Arbeit ist Träger der beruflichen Rehabilitation (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX), der Leistungen zur Förderung der beruflichen Teilhabe nach dem Zweiten, Dritten und Neunten Buch Sozialgesetzbuch erbringt. Die Bundesagentur für Arbeit erbringt die im SGB IX geregelten Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben einschließlich der Leistungen an Arbeitgeber (§§ 33 ff SGB IX), Leistungen im Eingangs- und Berufsbildungsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen (§ 40 SGB IX) sowie unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen (§ 44 ff SGB IX) im Wesentlichen nach dem für die Bundesagentur maßgeblichen Leistungsgesetz des SGB III sowie im Falle der Arbeitsgemeinschaft auch nach SGB II (§ 7 SGB IX).

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden von der Bundesagentur nach SGB IX erbracht, soweit leistungsrechtliche Bestimmungen im SGB III nicht vorhanden sind und die Leistungserbringung im SGB IX geregelt ist. Nach SGB IX werden insbesondere die Leistungen Eignungsabklärung und Arbeitserprobung (§ 33 Abs. 4 SGB IX), Training lebenspraktischer Fähigkeiten (§ 33 Abs. 6 Nr. 6 SGB IX) und Beteiligung von Integrationsfachdiensten im Rahmen ihrer Ausgabenstellung (§ 33 Abs. 6 Nr. 8 SGB IX) erbracht. Nach § 33 Abs. 8 SGB IX werden die sog. Kraftfahrzeug-Hilfe, der Ausgleich eines unvermeidbaren Verdienstaufschlags, die Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz, die Kosten für Hilfsmittel, die Kosten für technische Arbeitshilfen und die Wohnungshilfe geleistet.

Die Bundesagentur ist durch das SGB IX nicht nur auf die reine Leistungserbringung sondern als Rehabilitationsträger insbesondere auch auf die im SGB IX geregelten Vorschriften der Verfahrens-, Prozess- und Leistungsverantwortung und zur eigenständigen und eigenverantwortlichen Aufgabenerledigung verpflichtet (§§ 1-24 SGB IX).

Durch das Zusammenwirken von SGB II, SGB III und SGB IX ist sichergestellt, dass behinderte Menschen im Einzelfall die zur beruflichen Teilhabe erforderlichen Leistungen erhalten.

2. Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit als Träger der beruflichen Rehabilitation nach SGB III

Leistungsberechtigte

Nach § 19 SGB III sind als behinderte Menschen grundsätzlich nur solche leistungsberechtigt, deren Aussichten, am Arbeitsleben teilzuhaben oder weiter teilzuhaben, wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend wesentlich gemindert sind und die deshalb (d.h. behinderungsbedingt) Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben benötigen (einschließlich lernbehinderter Menschen).

Verhältnis zu anderen Trägern der beruflichen Rehabilitation

Das für die Frage der Zuständigkeit wichtige Verhältnis zu Leistungen anderer Rehabilitationsträger (z.B. Renten- und Unfallversicherung) wird in § 22 Abs. 2 SGB III geregelt. Danach darf die Bundesagentur für Arbeit bei Zuständigkeit eines anderen Rehabilitationsträgers grundsätzlich keine Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben erbringen (Leistungsverbot). Dies gilt grundsätzlich auch dann, wenn Teilhabeleistungen an erwerbsfähige, behinderte Menschen nach dem SGB II durch andere Reha-Träger als die Bundesagentur zu erbringen sind (§ 22 Abs. 4 SGB III).

Leistungserbringung nach SGB III

Nach dem Leistungssystem des SGB III sind zwischen Leistungen zur Förderung der beruflichen Teilhabe an Arbeitnehmer, an Arbeitgeber und Träger zu unterscheiden. Im übrigen gelten für die Leistungserbringung die allgemeinen Vorschriften des SGB III, insbesondere die Grundsätze für die Leistungserbringung nach den §§ 1ff SGB III sowie die Grundsätze der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben (§§ 97-99 SGB III).

Leistungen an Arbeitnehmer

Die individuellen Leistungen der Teilhabe an Arbeitnehmer bestimmen sich nach den §§ 97 ff SGB III. Die Leistungen umfassen die sog. **allgemeinen Leistungen** (arbeitsmarktpolitische Ermessens- und Pflichtleistungen) und **besondere Leistungen** (Pflichtleistungen). Zu den wichtigsten Förderleistungen gehören insbesondere die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung junger und erwachsener behinderter Menschen. Nach dem Grundsatz des Vorrangs allgemeiner Leistungen werden besondere, behindertenspezifische Leistungen zur Förderung der Teilhabe nur erbracht, soweit nicht bereits durch die allgemeinen Leistungen eine Teilhabe am Arbeitsleben erreicht werden kann (§ 98 SGB III). Bei der Auswahl der Leistungen sind Eignung, Neigung, bisherige Tätigkeit sowie Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes angemessen zu berücksichtigen (§ 97 Abs. 2 SGB III). Der Leitungsrahmen der allgemeinen und besonderen Leistungen (§ 99 SGB III) richtet sich nach den Vorschriften für die arbeitsmarktpolitischen Leistungen des SGB III, soweit in den §§ 100 bis 111 SGB III nichts Abweichendes bestimmt ist.

Vorrang allgemeiner Leistungen

Die **allgemeinen, vorrangigen Leistungen** umfassen die Leistungen zur

1. Unterstützung der Beratung und Vermittlung (§§ 45 bis 46 SGB III)
2. Verbesserung der Aussichten auf Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 48 bis 51 SGB III)
3. Förderung der Aufnahme einer Beschäftigung, mit Ausnahme der Arbeitnehmerhilfe (§§ 53, 54 SGB III)
4. Förderung der Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung (§ 57 SGB III)
5. Förderung der Berufsausbildung (§§ 59 bis 75 SGB III)
6. Förderung der beruflichen Weiterbildung (§§ 77 bis 86 SGB III).

Besondere Leistungen

Die **besonderen Leistungen** sind **anstelle** der allgemeinen Leistungen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung einschließlich der Berufsvorbereitung sowie blindentechnischer und vergleichbarer Grundausbildungen nur dann zu erbringen, wenn diese insbesondere aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder zur Sicherung des Erfolges die Hilfen besonderer Einrichtungen der Rehabilitation (Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke, vergleichbare Einrichtungen, behindertenspezifische Maßnahmen) unerlässlich machen (§ 102 SGB III). Hierzu gehört auch das Rehabilitationsverfahren in Werkstätten für behinderte Menschen (Eingangs- und Berufsbildungsbereich).

Die besonderen Leistungen zur Teilhabe umfassen gemäß § 103 SGB III das

1. Übergangsgeld nach den §§ 160 bis 162 SGB III
2. Ausbildungsgeld, wenn ein Übergangsgeld nicht erbracht werden kann und die
3. Übernahme der Teilnahmekosten für eine Maßnahme.

Ausbildungsgeld gemäß § 104 SGB III erhalten behinderte Menschen während einer beruflichen Ausbildung oder berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme einschließlich einer Grundausbildung sowie im Eingangs- und Berufsbildungsverfahren in einer Werkstatt für behinderte Menschen, soweit ein Übergangsgeld nicht erbracht werden kann.

Der Bedarf bei Maßnahmen in **anerkannten Werkstätten** für behinderte Menschen ist in § 107 SGB III geregelt (57 bzw. 67 €/Monat). Die Teilnahmekosten gemäß § 109 SGB III bestimmen sich nach den §§ 33, 44, 53 und 54 des SGB IX. Das Übergangsgeld ist in den Anspruchsvoraussetzungen in den §§ 160 bis 162 SGB III geregelt. Dauer und Höhe des Anspruchs richten sich nach den Vorschriften des 6. Kapitels des SGB IX.

Leistungen an Arbeitgeber

Im Rahmen der Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben werden nach SGB III auch Leistungen an Arbeitgeber erbracht und zwar:

1. Leistungen für die betriebliche Aus- oder Weiterbildung von behinderten Menschen in Ausbildungsberufen durch Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung (§ 236 SGB III),
2. Zuschüsse für eine behindertengerechte Ausgestaltung von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen soweit eine Verpflichtung von Arbeitgebern nicht besteht (§ 237 SGB III) und
3. Erstattung von Kosten für eine befristete Probebeschäftigung behinderter, schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Menschen bis zu einer Dauer von drei Monaten (§ 238 SGB III).

Die Bundesagentur für Arbeit kann unter den Voraussetzungen der §§ 218, 219 SGB III **Eingliederungszuschüsse** für behinderte, schwerbehinderte und besonders betroffene schwerbehinderte Menschen und nach § 235a SGB III Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung schwerbehinderter Menschen erbringen. Die Leistungen nach §§ 219, 235a SGB III werden aus Beitragsmitteln und Mitteln der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe gezahlt.

Leistungen an Träger

Bei den Trägerleistungen handelt es sich um die sog. institutionelle Förderung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation (§ 248 – 259 SGB III).

